

30.03.12

Beschluss
des Bundesrates**Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union (spezifische Programme des 7. Forschungsrahmenprogramms in den Ausschüssen der Kommission)**

Der Bundesrat hat in seiner 895. Sitzung am 30. März 2012 wie folgt beschlossen:

Der Bundesrat benennt gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i. V. m. Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung zur ständigen Teilnahme (Liste A) für die restliche Laufzeit der Benennung (bis 31. Dezember 2013) als Beauftragte des Bundesrates für das Erste Spezifische Programm "Zusammenarbeit" (Kooperation) - Sicherheit der spezifischen Programme des 7. Forschungsrahmenprogramms

eine Vertreterin der Freien Hansestadt

Bremen,

Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Verbindungsbüro Brüssel

(Regierungsangestellte Dr. Martina Hilger).